

14.07.2021

Niederschrift 004/2021

Kreistag

am 22.06.2021 | Kamener Stadthalle | Rathausplatz 2 | 59174 Kamen

Beginn 15:00 Uhr

Ende 17:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Landrat Mario Löhr

Kreistagsmitglieder SPD

Frau Heike Bartmann-Scherding

Frau Angelika Chur

Frau Brigitte Cziehso

Frau Martina Eickhoff

Herr Norbert Enters

Herr Hartmut Ganzke

Frau Heike Gutzmerow

Herr Jens Hebebrand

Frau Christine Hupe

Herr Jürgen Kerl

Herr Jens Krammenschneider-Hunscha

Herr Sascha Alexander Kudella

Frau Sabine Lutz-Kunz

Herr Wilhelm Null

Frau Sigrid Reihs

Herr Theodor Rieke

Frau Renate Schmeltzer-Urban

Herr Jens Schmülling

Frau Bettina Schwab-Losbrodt

Frau Simone Symma

Frau Annette Maria Thomae

Herr Martin Wiggermann

Kreistagsmitglieder CDU

Frau Antje Bellaire

Frau Annika Brauksiepe

Herr Peter Dörner

Frau Annette Droege-Middel

Herr Wilfried Feldmann

Frau Claudia Gebhard

Herr Hubert Hüppe

Herr Wilhelm Jasperneite
Herr Jan-Eike Kersting
Herr Herbert Krusel
Herr Olaf Lauschner
Frau Susanne Melchert
Herr Gerhard Meyer
Herr Martin Niessner
Frau Martina Plath
Herr Marco Morten Pufke
Frau Ursula Schmidt
Herr Carl Schulz-Gahmen
Frau Vera Volkmann
Herr Michael Zolda

anwesend bis 16.15 Uhr

Kreistagsmitglieder GRÜNE im Kreistag

Herr Hans-Ulrich Bangert
Herr Herbert Goldmann
Frau Sandra Heinrichsen
Herr Thomas Möller
Frau Patricia Esther Morgenthal
Frau Kirsten Reschke
Frau Stephanie Schmidt
Frau Anke Schneider

Kreistagsmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Daniela Heil
Herr Dr. Gerrit Heil
Frau Marion Küpper
Herr Timon Lütchen

Kreistagsmitglieder FDP

Herr Michael Klostermann
Frau Claudia Lange
Herr Andreas Wette

Kreistagsmitglieder DIE LINKE - UWG Selm

Frau Petra Ondrejka-Weber
Herr Dr. Hubert Seier

Kreistagsmitglieder GFL+ WfU

Herr Andreas Dahlke
Herr Prof. Dr. Johannes R. Hofnagel
Frau Margarethe Strathoff

Kreistagsmitglieder FW Kreisverband Unna / FAMILIE

Herr Ralf Piekenbrock
Herr Helmut Stalz

Verwaltung

Herr Mike-Sebastian Janke | Kreisdirektor / Kämmerer / Dezernent I
Herr Ludwig Holzbeck | Dezernent II
Herr Torsten Göpfert | Dezernent III
Herr Uwe Hasche | Dezernent IV

Herr Ferdinand Adam | Leiter Steuerungsdienst

Frau Sengül Ersan | Stabsstelle Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung

Frau Susanne Kronenberg | Stabsstelle Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung | Schriftführerin

Frau Silke Schmücker | Stabsstelle Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung

Frau Annika Schönfeld | Stabsstelle Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung

Frau Andrea Gebauer | Stabsstelle Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung

Frau Leonie Engelhardt | Stabsstelle Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung

Gast

Herr Dr. Michael Dannebom | Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG)

Abwesend:

Kreistagsmitglieder SPD

Herr Uwe Zühlke

Kreistagsmitglieder GRÜNE im Kreistag

Herr Klaus-Bernhard Kühnappel

Herr Reinhard Streibel

Kreistagsmitglieder DIE LINKE - UWG Selm

Herr Udo Gabriel

Herr Landrat Mario Löhr begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 14.06.2021 verschickt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Herr Landrat Löhr bezieht sich auf die Diskussion in der gestrigen Sitzung des Kreisausschusses und beantragt die **Absetzung von Punkt 6** (Gründung der Projektgesellschaft Zukunft Kreis Unna mbH / Drucksache 086/21) vor. **Die Absetzung wird einstimmig beschlossen** (2 Enthaltungen der Gruppe FW / FAMILIE).

Herr Pufke beantragt die **Absetzung von Punkt 8** (Welterbe-Projekt „Industrielle Kulturlandschaft Ruhrgebiet“ / Drucksache 002/21/1) mit der Begründung, dass die Fachjury der Bewerbung des Ruhrgebietes kein aussichtsreiches Zeugnis ausgestellt habe und eine Überarbeitung aufgrund des festgelegten Zeitplans wohl nicht mehr leistbar sei. Herr Goldmann sieht durchaus die Möglichkeit, dass der Antrag noch die Qualität erreichen könne, um in dem Verfahren erfolgreich zu sein. Letztendlich sei es eine Entscheidung des UNESCO-Welterbe-Komitees. Der Kreis Unna sollte nicht derjenige sein, der von vornherein das Ende dieses Verfahrens deklariere. Herr Ganzke schließt sich den Ausführungen von Herrn Goldmann an. Er zitiert aus der Drucksache, wonach ein Antrag auf Anerkennung als UNESCO-Welterbe den Willen und die Unterstützung der beteiligten Kommunen und Kreise voraussetze. Dies bedeute, dass eine entsprechende Beschlussfassung erwartet werde. Der Kreistag sollte hierzu positiv Stellung nehmen. **Die Absetzung wird mehrheitlich nicht beschlossen** (45 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, GRÜNE im Kreistag, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE - UWG Selm, GFL+WfU, der Gruppe FW / FAMILIE und des Landrates / 20 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion / keine Enthaltung).

Herr Landrat Löhr beantragt die **Absetzung von Punkt 20** (Pilotprojekt zur kostenlosen Bereitstellung von Damenhygieneartikeln in Schulen und öffentlichen Einrichtungen; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen

und Antrag der SPD-Fraktion vom 27.04.2021 / Drucksache 082/21) vor. Herr Ganzke teilt mit, dass die SPD-Fraktion angesichts der positiven Diskussion in der gestrigen Sitzung des Kreisausschusses und der Zusage der Umsetzung ihres Anliegens durch die Verwaltung den Antrag zurückziehe. **Die Absetzung wird einstimmig beschlossen.**

Herr Landrat Löhr beantragt die **Absetzung von Punkt 25** (Beitritt des Kreises Unna zur Klimakampagne „Klimaschutz mit BRAvour“ der Bezirksregierung Arnsberg; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen und Antrag der Fraktion GÜNE im Kreistag vom 23.04.2021 / Drucksache 084/21), da der Beitritt des Kreises Unna zu dieser Kampagne bereits erfolgt sei. Herr Goldmann erklärt, dass das Ziel des Antrages durch die Erklärung des Kreises Unna zur Mitwirkung erfolgreich umgesetzt worden sei und die Fraktion GRÜNE im Kreistag ihren Antrag daher zurückziehe. **Die Absetzung wird einstimmig beschlossen.**

Herr Landrat Löhr beantragt den **Punkt 26** (Abwägung und Anpassung der klimapolitischen Leitlinien des Kreises Unna bei Erstellung des Klimaschutzkonzeptes; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen und Antrag der Fraktion GRÜNE im Kreistag vom 05.05.2021 / Drucksache 089/21) **und den Punkt 27** (Verschärfung der Klimaschutzziele und -maßnahmen des Kreises Unna; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen und Antrag der Fraktion GFL+WfU vom 05.05.2021 / Drucksache 090/21) von der Tagesordnung **abzusetzen**. Zu einer fachlichen Diskussion dieser Themen habe man sich in der gestrigen Sitzung des Kreisausschusses auf die Anberaumung einer Sondersitzung des Ausschusses für Natur, Umwelt und Klimaschutz bis spätestens Anfang September verständigt, sodass die Punkte heute von der Tagesordnung genommen werden könnten. In Vorbereitung dieser Sondersitzung solle für die Ausschussmitglieder eine entsprechende Drucksache mit allen wesentlichen Inhalten vorbereitet und zeitnah zur Verfügung gestellt werden. Frau Schneider bestätigt, dass der Vorsitzende des betreffenden Fachausschusses seine Bereitschaft zu dieser Sondersitzung erklärt habe. Herr Prof. Dr. Hofnagel teilt mit, dass man den Antrag eingebracht habe, weil auf allen politischen Ebenen hinsichtlich der neuen rechtlichen Situation, was Klimaschutz und dessen Priorisierung angehe, Aktionen ergriffen würden. Auf Kreisebene sei dies nicht sichtbar. Ihnen gehe es ganz klar um eine Verschärfung der Ziele, und es sei Ihnen wichtig, dass vor der Bundestagswahl klar erkennbar sei, wie sich im Kreis die politische Lage darstelle. Für die Sitzung sollten vorab seitens der Verwaltung schon Überlegungen, wie man sich die Verschärfung der Klimaschutzziele vorstelle, zur Verfügung gestellt werden, um eine effiziente Diskussion sicher zu stellen. Mit einer solchen Vorgehensweise erkläre sich die Fraktion GFL+WfU einverstanden. Herr Landrat Löhr sagt zu, so verfahren zu wollen. **Die Absetzung der Punkte 26 und 27 unter Verweisung in den Ausschuss für Natur, Umwelt und Klimaschutz wird einstimmig beschlossen.**

Herr Landrat Löhr beantragt weiterhin die **Absetzung von Punkt 28** (Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen, Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen und Antrag der Fraktion GRÜNE im Kreistag vom 30.04.2021 / Drucksache 088/21) aufgrund der mangelnden Zuständigkeit des Kreises Unna in dieser Angelegenheit. Herr Goldmann bedankt sich für die Übermittlung der Kommentierung zu den Kompetenzen des Kreises. Sie verdeutliche, dass der Kreistag hier nicht Teil des Entscheidungsprozesses sei, sondern dies in den Händen der Landesregierung liege. Dies verbiete seines Erachtens jedoch nicht, sich zu solch hochpolitischen Fragen äußern zu dürfen. Wenn nicht hier im Kreistag, so werde man an anderer Stelle Gelegenheit finden, zu überlegen, wie eine Positionierung auch gegenüber der Landesregierung formuliert werden könne. Insofern sei seine Fraktion damit einverstanden, dass der Punkt von der Tagesordnung genommen werde. **Die Absetzung wird einstimmig beschlossen.**

Abschließend beantragt Herr Landrat Löhr die **Absetzung von Punkt 31** (Erstellung eines jährlichen Tierenschutzberichtes über die Situation in den Schlacht-, Tiertransport- und Tierhaltungsbetrieben des Kreises

Unna; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen und Antrag der Fraktion DIE LINKE-UWG Selm vom 23.04.2021 / Drucksache 085/21), da hierzu eine ausgiebige Diskussion im zuständigen Fachausschuss stattfinden solle. Herr Dr. Seier erklärt für seine Fraktion das Einverständnis zur Absetzung dieses Punktes von der Tagesordnung. Ihnen sei wichtig, dass das Thema „Tierschutz im Kreis Unna“ regelmäßig im Fachausschuss beraten werde. In welcher Form und welchen Umfang müsse dann noch festgelegt werden. **Die Absetzung unter Verweisung in den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz wird einstimmig beschlossen.**

Weitere Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

Punkt 1		Bestellung der Schriftführung
Punkt 2		Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
Punkt 3	124/21	Ersatzwahl zur Besetzung des Ausschusses für Gesundheit und Verbraucherschutz
Punkt 4	087/21	Entsendung von Arbeitnehmervertreterinnen und Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsrat der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH (WVG)
Punkt 5	078/21	Wasserstoff-Konzept für den Konzern Kreis Unna und Vorbereitung der Gründung einer Energiegesellschaft Kreis Unna mbH
Punkt 5.1	129/21	Wasserstoff-Konzept für den Kreis Unna und Vorbereitung der Gründung einer Energiegesellschaft Kreis Unna mbH; Antrag zur Drucksache 078/21 der Fraktionen SPD, CDU, GRÜNE im Kreistag und FDP vom 18.06.2021
Punkt 6	109/21/1	5-Standorte-Programm Kohleregionen - Beschluss über ausgereifte Projekte
Punkt 7	002/21/1	Welterbe-Projekt „Industrielle Kulturlandschaft Ruhrgebiet“
Punkt 8	096/21	Abbiegeassistenten bei Logistikunternehmen - Mehr Sicherheit im Straßenverkehr; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen und Antrag der Fraktion GRÜNE im Kreistag vom 12.05.2021
Punkt 9	104/21	Live-Übertragung des öffentlichen Teils der Kreistagssitzungen
Punkt 10	110/21	Entwurf des Jahresabschlusses 2020
Punkt 11	111/21	Jahresbericht Kennzahlen 2020
Punkt 12	112/21	Service-Portal Kreis Unna Relaunch des Internetauftritts
Punkt 13	113/21	Interkommunale Zusammenarbeit Smart Region Kreis Unna

- Punkt 14** 066/21 Zusammenarbeit zwischen den Leitstellen der Kreise Unna und Soest;
Aufhebung einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung
- Punkt 15** 081/21/1 Einführung des SchülerTickets Westfalen zum 01.08.2021 für Schulen in Trägerschaft des Kreises Unna
- Punkt 16** 105/21/1 Einführung eines „Schüler-Sozialticket Westfalen“
- Punkt 17** 116/21/1 Elternbeiträge für die Betreuung in der offenen Ganztagschule;
Aussetzen der Beitragserhebung
- Punkt 18** 092/21/1 Elternbeiträge für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder sowie für die Inanspruchnahme von Kindertagespflege;
Aussetzen der Beitragserhebung
- Punkt 19** 120/21/1 Übergang Schule-Beruf an den Förderschulen stärken!
Antrag der SPD-Fraktion vom 26.05.2021 mit Ergänzung der Fraktion DIE LINKE - UWG Selm
- Punkt 20** 107/21 Halbierung der Jugendarbeitslosigkeit 2013-2020, hier: Projekt „Take Off U 25 – Gemeinsam starten wir durch!“ (Abschlussbericht)
- Punkt 21** 125/21 Gutachten zur Prüfung der Überführung von Angeboten der Werkstatt im Kreis Unna in eine Kreisgesellschaft - Sachstandsbericht;
Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktionen GRÜNE im Kreistag und FDP vom 25.05.2021
- Punkt 21.1** 127/21 Ergebnis der Prüfung der Überführung von Angeboten der Werkstatt im Kreis Unna in eine Kreisgesellschaft
- Punkt 22** 106/21 Globalzuwendung zur Förderung der Verbände der freien Wohlfahrtspflege 2021 – 2025
- Punkt 23** 121/21 Abschluss einer Vereinbarung mit der Stadt Selm über den Betrieb und die Finanzierung der Radstation Selm-Beifang durch den Kreis Unna
- Punkt 24** 128/21 Planungen zum Radschnellweg Ruhr "RS 1 " - Sachstandsbericht,
Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktion GRÜNE im Kreistag vom 01.06.2021
- Punkt 25** 114/21 Beseitigung eines Bahnüberganges, K 39, Afferder Weg - Westtangente in Unna L663n;
Abschluss einer Planungsvereinbarung für den Weiterbau der OWIIIa
- Punkt 26** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen
- Punkt 26.1** 118/21 Konzept "Interkommunale Zusammenarbeit";
Anfrage der Fraktion GFL+WfU vom 21.05.2021

Punkt 26.2 083/21/1 Verdacht des illegalen Schächtens in einem Schlachtbetrieb im Kreis Unna;
Gemeinsame Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion GRÜNE im Kreistag vom
16.04.2021

Punkt 26.3 Personalengpass in der Elterngeldstelle;
Anfrage der Fraktion GRÜNE im Kreistag in der Sitzung am 22.06.2021

Punkt 26.4 Mandatsniederlegung des Kreistagsmitglieds Petra Ondrejka-Weber

Nichtöffentlicher Teil

Punkt 27 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Bestellung der Schriftführung

Beschluss

Auf Vorschlag des Landrates wird Frau Susanne Kronenberg zur Schriftführerin für diese Sitzung des Kreistages bestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 3 124/21 Ersatzwahl zur Besetzung des Ausschusses für Gesundheit und Verbraucherschutz

Beschluss

Für die Dauer der verbleibenden Wahlperiode des Kreistages wird folgende Ersatzwahl zur Besetzung des nachstehend genannten Ausschusses vorgenommen:

Gremium	Funktion	Bisheriges Mitglied	Neues Mitglied
Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz	Ordentliches Mitglied	Rebeka Skurak (sB)	Andreas Dahlke (KTM)
Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz	Stellvertretendes Mitglied für Andreas Dahlke		Margarethe Strathoff (KTM)

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 4 087/21 Entsendung von Arbeitnehmervertreterinnen und Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsrat der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH (WVG)

Beschluss

1. Der Kreistag bestellt gem. § 108 a Abs. 3 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) aus der der Drucksache 087/21 anliegenden, von den Beschäftigten der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH (WVG) gewählten Vorschlagsliste die Arbeitnehmervertreterinnen und Arbeitnehmervertreter gem. Ziffer 4 Nrn. 1 – 6 in den Aufsichtsrat der WVG.
2. Für den Fall des Ausscheidens einer bestellten Arbeitnehmervertreterin bzw. eines bestellten Arbeitnehmervertreters aus dem Aufsichtsrat der WVG bestellt der Kreistag bereits jetzt gem. § 108 a Abs. 8 GO NRW aus dem noch nicht in Anspruch genommenen Teil der gewählten Vorschlagsliste als Nachfolger die Arbeitnehmervertreterinnen bzw. Arbeitnehmervertreter gem. Ziffer 4 Nrn. 7 – 12 in der Reihenfolge der am meisten erhaltenen Stimmen für das jeweilige Unternehmen, dem das ausgeschiedene Mitglied angehört hat.
3. Der Geschäftsführer der WVG wird angewiesen, die für den Aufsichtsrat bestellten Arbeitnehmervertreterinnen und Arbeitnehmervertreter über ihre Wahl zu informieren.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 5 078/21 Wasserstoff-Konzept für den Konzern Kreis Unna und Vorbereitung der Gründung einer Energiegesellschaft Kreis Unna mbH

Erörterung

siehe unter Punkt 5.1.

Die Abstimmung hat sich mit der Annahme des Antrages der Fraktionen SPD, CDU, GRÜNE im Kreistag und FDP vom 18.06.2021 (Drucksache 129/21) erübrigt.

Punkt 5.1 129/21 Wasserstoff-Konzept für den Kreis Unna und Vorbereitung der Gründung einer Energiegesellschaft Kreis Unna mbH; Antrag zur Drucksache 078/21 der Fraktionen SPD, CDU, GRÜNE im Kreistag und FDP vom 18.06.2021

Erörterung

Herr Ganzke hebt hervor, dass das vorliegende Wasserstoffkonzept für den Kreis Unna wegweisend sei und alle Antragsteller*innen ausgesprochen froh seien, gemeinsam mit der Verwaltung auch noch eine Nachschärfung hinbekommen zu haben. Zum einen hinsichtlich eines intensiven Austausches mit den Städten und Gemeinden des Kreises Unna und zum anderen hinsichtlich einer Zusammenarbeit mit den Fachleuten der kommunalen Stadtwerke im Kreis Unna. Ein erster Austausch mit den Geschäftsführern der Stadtwerke sei sehr positiv angenommen worden. Er bedanke sich für die gemeinsame Erarbeitung bei den Antragsteller*innen.

Herr Klostermann unterstreicht die Aussagen von Herrn Ganzke. Eine große Mehrheit des Kreistages habe sich dazu entschlossen, das Thema Wasserstoff für den Kreis Unna zunächst einmal positiv zu begleiten. Der Antrag zeige aber auch, dass der Kreistag mit einer breiten Mehrheit nicht bereit sei, eine Gesellschaft zu gründen, von der man noch gar nicht wisse, wie sie letztendlich arbeiten könne, welches Konzept dahinterstehe und wie eine mögliche Wirtschaftlichkeit dieser Gesellschaft aussehe. Neben der Kooperation mit den Städten und Gemeinden und den Stadtwerken sei dies ein ganz wesentlicher Punkt.

Herr Prof. Dr. Hofnagel teilt mit, dass die Fraktion GFL+WfU sehr erfreut sei über diesen Antrag und ihn gerne auch mitunterzeichnet hätte. Er regt an, im Antrag den ersten Punkt der Aufzählung zu ergänzen und wie folgt zu formulieren „Vorlage **eines Business-Cases/Wirtschaftsplans** und einer Wirtschaftlichkeitsberechnung unter Einbeziehung möglicher Fördermittel“. Zu zwei weiteren Punkten, die er gestern im Kreisausschuss angesprochen habe, werde man separat einem entsprechenden Antrag an den Fachausschuss einreichen.

Herr Goldmann teilt für die Fraktion GRÜNE im Kreistag mit, dass man keine Bedenken habe, die Ergänzung von Herrn Prof. Dr. Hofnagel in den gemeinsamen Antrag zu übernehmen.

Herr Stalz betont, dass es eine Riesenchance für die Zukunft sei, hier eine wegweisende, nachhaltige, innovative und klimafreundliche Technologie in den Kreis zu holen. Insofern stehe man von Seiten der Gruppe FW / FAMILIE voll hinter diesem Projekt. Man habe auch Verständnis dafür, dass eine Wirtschaftlichkeitsberechnung vorgelegt werden solle, frage sich aber, was damit konkret gemeint sei und wie die Kreisverwaltung das im jetzigen Stadium denn leisten könne?

Herr Dr. Seier hält es für ähnlich schwierig, jetzt eine Wirtschaftlichkeitsberechnung anzustellen. Seine Fraktion trage diesen Antrag mit, man würde aber lieber mehr über Umsetzungsprojekte diskutieren als über diese organisatorischen Dinge, die man möglicherweise erst lange prüfen müsse.

Herr Kreisdirektor Janke erklärt, dass es aus seiner Sicht wichtig sei, sich der Schrittfolge über mehrere Projektstationen bei der Umsetzung einer Wasserstoffstrategie bewusst zu sein. Zum jetzigen Zeitpunkt gehe es um die Frage, ob die Gründung einer solchen Gesellschaft, die dann operativ für die Umsetzung eines solchen Konzeptes angedacht sei, tragfähig aufgebaut werden könne. Dies sei die Projektentwicklungsphase und da sehe man sich in der Lage, für die Gründung einer solchen Gesellschaft, für die entsprechenden Partner, die in einer solchen Gesellschaft gebündelt werden könnten, inklusive auch der Stadtwerke, den ersten Betrieb wirtschaftlich, auch mit weiteren Informationen, vorzulegen. Davon sei aus seiner Sicht aber ganz wesentlich zu trennen, dass diese Gesellschaft, wenn sie dann gegründet sei, eine komplexe Aufgabenstellung habe, nämlich Wasserstoff zu produzieren, zu vertreiben, zu transportieren, zu speichern und auch zu vertanken. Ein solch komplexes Projekt, für das man auch die angesprochenen externen Partner benötige, bereits im Vorfeld bis zum letzten Komma auszudefinieren, würde allerdings die Möglichkeiten der Kreisverwaltung bei Weitem übersteigen. Dafür würde man ja gerade eine solche Gesellschaft benötigen. Mit einem entsprechenden Kreistagsbeschluss werde man sich daran machen, den Start einer solchen Gesellschaft auch mit entsprechenden Zahlen verbindlich zu belegen, damit man wisse, wie diese vom Start weg arbeitsfähig sei. Es sei ihm aber noch einmal wichtig, die drei Phasen zu unterteilen: Start- und Projektentwicklung, Investitionsphase und Betriebsphase, da es da entsprechende Entscheidungswegmarken geben werde. Mit diesem gemeinsamen Verständnis sei er überzeugt, den Antrag gut abarbeiten zu können.

Herr Stalz teilt mit, dass die Gruppe FW / FAMILIE unter dieser Voraussetzung dem Antrag zustimmen werde.

Herr Landrat Löhr fragt bei den übrigen Antragstellern nach, ob diese ebenfalls mit der Ergänzung ihres Antrages durch den Passus der Fraktion GFL+WfU einverstanden seien.

Herr Ganzke erklärt nach kurzer Verständigung mit Herrn Goldmann, Herrn Klostermann und Herrn Pufke, dass man die von Herrn Prof. Dr. Hofnagel vorgetragene Ergänzung übernehmen werde. Er betont, dass der

gemeinsame Antrag keinen Verzögerungsantrag, sondern einen Verbesserungsantrag darstelle, für den man auf eine breite Mehrheit hoffe.

Herr Landrat Löhr lässt daraufhin über den um den Zusatz der Fraktion GFL+WfU ergänzten Antrag der Fraktionen SPD, CDU, GRÜNE im Kreistag und FDP vom 18.06.2021 abstimmen.

Beschluss

Der Beschlussvorschlag der Drucksache 078/21 wird durch folgenden Text ersetzt:

Das als Anlage der Drucksache 078/21 beigefügte Wasserstoff-Konzept für den Konzern Kreis Unna wird zur Kenntnis genommen.

Der Kreistag unterstützt die grundsätzliche Ausrichtung des Konzeptes.

Der Landrat wird beauftragt, die weitere Vorabstimmung zur Umsetzung des Konzeptes anzugehen. Dabei sind für endgültige Beschlussfassungen durch den Kreistag insbesondere mit Blick auf die vorgesehene Gründung einer Energiegesellschaft Kreis Unna mbH folgende Klärungen herbeizuführen:

Der Kreistag erwartet die Einbindung der Städte und Gemeinden sowie Stadtwerke im Kreis Unna. Daher ist verbindlich zu klären, in welchem Rahmen die Kommunen und ihre Energieversorger beteiligt werden wollen und wie eine Beteiligung konkret gestaltet werden kann.

- Vorlage eines *Business-Cases/Wirtschaftsplans* und einer Wirtschaftlichkeitsberechnung unter Einbeziehung möglicher Fördermittel
- Ausgestaltung einer/s möglichen Gesellschaftsstruktur/-vertrages
- Organisation und Kosten der Gesellschaftsführung
- Organisationsvorschlag für den laufenden Betrieb

Der Kreistag ist fortlaufend über den Fortgang der Vorbereitungen zu informieren.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 6 109/21/1 5-Standorte-Programm Kohleregionen - Beschluss über ausgereifte Projekte

Erörterung

Herr Pufke beantragt für die CDU-Fraktion die getrennte Abstimmung der einzelnen Projekte, da man diese unterschiedlich bewerte. Grundsätzlich sollten die in den nächsten Jahren in den Kreis fließenden Strukturmitteln so eingesetzt werden, dass dadurch zum einen die wegfallenden Industriearbeitsplätze perspektivisch ersetzt würden. Zum anderen solle durch sie die durch die Schließung von vier Kraftwerkstandorten entfallende Wertschöpfung perspektivisch substituiert werden. Weiterhin sollten die Projekte zukunftsweisend, nachhaltig und innovativ sein. Vor diesem Hintergrund könne man den drei Lüner Projekten unter Punkt 3, 4 und 5 zustimmen. Das Projekt SNCEWAVE/SURFWORLD sei sicher innovativ. Noch offene Fragen u.a. zu privaten Kapitalgebern, Ausfallbürgschaften oder Altlasten seien jedoch nur unzureichend beantwortet worden, sodass die CDU-Fraktion sich hierbei enthalten werde. Beim Projekt DigitalE stimme man dagegen, da es nicht innovativ sei. Es gebe hier schon viele andere Anbieter und Beschäftigungseffekte oder Wertschöpfung ließen sich ebenfalls nicht erkennen.

Herr Möller erklärt, er sei hinsichtlich des Projektes DigitalE der Meinung, dass hier kein großes Ausbildungsangebot im digitalen Bereich auf dem Markt herrsche. Es würde an IT-Leute fehlen, die man benötige um Ziele zu erreichen und Aufträge abzuarbeiten. Insofern halte man das Projekt auch für innovativ und stimme dem zu.

Herr Stalz teilt mit, dass die Gruppe FW / FAMILIE allen Projekten zustimmen werde. Es gebe hier auch Vernetzungen zwischen den einzelnen Projekten. Zudem seien es auch erstmal Vorschläge über deren Realisierung dann ein anderer Bewertungskreis entscheide. Je mehr qualifizierte Projekte man jetzt einreiche, umso größer sei die Chance, dass davon auch welche umgesetzt würden.

Herr Klostermann bestätigt für die FDP-Fraktion auch die Zustimmung zu allen Projekten. Nach erfolgreichem Durchlaufen eines entsprechenden Kriterienkatalogs hätte jedes einzelne Projekt auch das Recht durch den Kreistag an den Strukturstärkungsrat weitergeleitet zu werden. Dieser entscheide dann über Erfolg oder Nichterfolg der Projekte. Vor diesem Hintergrund kündige die FDP-Fraktion schon jetzt an, weitere Projekte, die entsprechend diese Reife erreichen würden, ebenfalls positiv zu begleiten.

Herr Dr. Seier erklärt für die Fraktion DIE LINKE – UWG Selm auch die Zustimmung zu allen Projekten. Man befürworte insbesondere auch das Projekt SNCEWAVE/SURFWRLD, bei dem es bei nicht nur um den Freizeitbereich, sondern auch um Forschung zu Themen wie Hochwasserschutz, Verkehrswasserbau, Küstenschutz, Meerestechnik oder Energienutzung gehe.

Herr Dr. Heil bekräftigt die Aussage, dass sich Projektantragsteller*innen darauf verlassen können müssten, dass ein Projekt bei Erfüllung aller geforderten Kriterien auch an die nächste Stufe weitergeleitet werde. Das Projekt DigitalE sei sicherlich anders, aber die Kombination von angewandter digitaler Lehre mit der Sozialorientierung halte man für durchaus innovativ und nicht an vielen anderen Stellen abgedeckt. Es gehe in ein Arbeitsmarktsegment, in dem zukünftig Arbeitslosigkeit zu erwarten sei und biete die Chance von zukünftiger Wertschöpfung und Beschäftigung hier am Standort. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde allen Projekten zustimmen.

Herr Prof. Dr. Hofnagel begrüßt für die Fraktion GFL+WfU ausdrücklich, dass jetzt auch Projekte aus den Städten mit Kohlekraftwerkstandorten eingegangen seien. Man hätte sich gewünscht, dass diese Städte schon gleich zu Anfang mit dabei gewesen wären. Daher habe man zuletzt entsprechend zurückhaltend positioniert. Heute unterstütze man alle fünf Projekte. Bei dem Projekt DigitalE sei es aus ihrer Sicht überlegenswert, ob hier nicht auch der Weg anderer Finanzierungstöpfe einmal geprüft werden sollte.

Herr Pufke äußert seine Verwunderung über das Selbstverständnis von Teilen des Kreistages. Die CDU-Fraktion säße nicht hier, um Projekte einfach nur an den Strukturstärkungsrat durchzuwinken. Man erhebe nicht den Anspruch, alles in die Tiefe hinein bewerten zu wollen, habe sich aber schon die Projekte angesehen, ob sie plausibel und zielgerichtet seien, sich Gedanken zum Einsatz der Strukturmittel gemacht und nicht alles unter eine irgendwann einmal festgelegte Bewertungsmatrix subsummiert.

Herr Ganzke betont, dass die SPD-Fraktion ein durchaus selbstbewusstes Selbstverständnis besitze und ihr vorgelegte Drucksachen intensiv lese und für sich bewerte. Sie besitze aber auch Vertrauen in die handelnden Personen der Verwaltung und in die Expertinnen und Experten der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, die ihnen genau mitgeteilt hätten, warum sie diese ausgereiften Projekte vorschlagen, damit diese an das entscheidende Gremium weitergegeben würden.

Herr Stalz schließt sich seinem Vorredner an. Er verwehre sich gegen den Vorwurf, Drucksachen der Verwaltung nur abzunicken und weiterzugeben.

Herr Goldmann führt aus, er finde beide Strategien im Umgang mit den Projekten für nachvollziehbar. Umfang und Komplexität der Unterlagen würden es zum Teil faktisch unmöglich machen, eine umfassende Bewertung vorzunehmen, sodass man versuchen müsse, dies im Rahmen der Projektskizzen, bzw. an anderen Faktoren festzumachen. Er bezieht sich auf seine Ausführungen in der gestrigen Sitzung des Kreisausschusses hinsichtlich der Bedenken seiner Fraktion zum Projekt SNCEWAVE/SURFWORLD und teilt mit, dieses nicht mitzutragen, bei allen anderen Projekten werden man dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Da sich keine weiteren Wortmeldungen mehr ergeben, geht Herr Landrat Löhr zur Abstimmung über. Über die getrennte Abstimmung der einzelnen Projekte herrscht Einvernehmen im Kreistag.

Beschluss

1. Das Projekt Nr. 3 (SNCEWAVE/SURFWORLD) wird beschlossen und der Landrat wird beauftragt, das Projekt dem Strukturstärkungsrat vorzulegen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (36 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE-UWG Selm, GFL+WfU, der Gruppe FW / FAMILIE und des Landrates / 8 Nein-Stimmen der Fraktion GRÜNE im Kreistag / 21 Enthaltungen der Fraktionen CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beschluss

2. Das Projekt Nr. 4 (DigitaLE) wird beschlossen und der Landrat wird beauftragt, das Projekt dem Strukturstärkungsrat vorzulegen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (45 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, GRÜNE im Kreistag, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE-UWG Selm, der Gruppe FW / FAMILIE und des Landrates / 20 Nein-Stimmen der CDU-Fraktion / keine Enthaltung).

Beschluss

3. Das Projekt Nr. 5 (H2 Power Ruhr Ost) wird beschlossen und der Landrat wird beauftragt, das Projekt dem Strukturstärkungsrat vorzulegen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Beschluss

4. Das Projekt Nr. 6 (VaLUE Spitzencluster) wird beschlossen und der Landrat wird beauftragt, das Projekt dem Strukturstärkungsrat vorzulegen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Beschluss

5. Das Projekt Nr. 7 (Digital Valley Ruhr Ost) wird beschlossen und der Landrat wird beauftragt, das Projekt dem Strukturstärkungsrat vorzulegen

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 7 002/21/1 Welterbe-Projekt „Industrielle Kulturlandschaft Ruhrgebiet“

Erörterung

Herr Jasperneite verweist auf die sehr umfangreiche Drucksache und teilt mit, dass es in diesem Interessenbekundungsverfahren inzwischen Ergebnisse einer hochrangigen Jury von Wissenschaftlern gebe. Danach sei das Welterbe-Projekt Industrielle Kulturlandschaft Ruhrgebiet als "nicht förderfähig" oder mit "deutlich zu überarbeiten" bewertet worden. Letzteres sei in dem von der Ministerpräsidentenkonferenz vorgegebenen Zeitrahmen bis Ende September/Anfang Oktober nicht mehr machbar. Unter dem Gesichtspunkt, dass in dem Verfahren Essen und Bochum schon negative Ratsbeschlüsse erwirkt hätten, sei auch keine Einstimmigkeit mehr hinzubekommen. Die CDU-Fraktion werde dieses Thema daher nicht weiter begleiten, sondern es ablehnen.

Herr Goldmann bezieht sich auf seine zu Beginn der Sitzung gemachten Ausführungen und weist daraufhin, dass bisher immer die Einzigartigkeit der Bewerbung in den Raum gestellt worden sei. Man müsse einem solchen Projekt eine Chance geben, zumal fast alle anderen Regionen im Ruhrgebiet bislang einstimmig hinter diesem Projekt gestanden hätten. Wenn es Vorbehalte gebe, insbesondere der Städte Essen und Bochum, seien diese seines Erachtens zum Teil der fehlenden Kenntnis darüber geschuldet, welche städtebaulichen Konsequenzen eine solche Bewerbung nach sich ziehe und was es letztendlich bedeute. Den außergewöhnlichen universellen Wert für das Ruhrgebiet halte er für unstrittig. Man dürfe dieses Projekt im jetzigen Stadium ohne zwingende Not nicht beerdigen.

Beschluss

Der Kreis Unna unterstützt – in Absprache mit den Städten und Gemeinden des Kreises Unna - den Welterbeantrag des Landes NRW „Industrielle Kulturlandschaft Ruhrgebiet“ und ist mit der Gebietsauswahl und den Elementen im Kreisgebiet einverstanden.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (45 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, GRÜNE im Kreistag, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE-UWG Selm, GFL+WfU, der Gruppe FW / FAMILIE und des Landrates / 20 Nein-Stimmen der CDU-Fraktion / keine Enthaltung)

Punkt 8 096/21 Abbiegeassistenten bei Logistikunternehmen - Mehr Sicherheit im Straßenverkehr; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen und Antrag der Fraktion GRÜNE im Kreistag vom 12.05.2021

Erörterung

Herr Klostermann beantragt die getrennte Abstimmung der beiden Punkte des Antrages. Punkt 1 wolle man nicht zustimmen, da die Wirtschaftsförderungsgesellschaft ihrer Meinung nach nicht der richtige Partner sei, der sich um die Werbeaktion bei den Unternehmen kümmern müsse. Man sehe die Notwendigkeit, das

Thema voranzubringen, sehe diese Aufgabe, wenn sie durchgeführt werden solle, aber schwerpunktmäßig bei der Kreisverwaltung. Punkt 2 könne man ohne Weiteres zustimmen.

Frau Schneider begründet den Antrag ihrer Fraktion. Man finde schon, dass die Wirtschaftsförderungsgesellschaft, die ja auch zum großen Teil hier Logistikstandorte erschlossen habe, sich beteiligen könne. Diese verfüge in jedem Fall über die Kontakte zu den Unternehmen. Man habe mit den eigenen Unternehmen angefangen und hoffe nun auch auf eine breite Unterstützung zu diesem Antrag als weiterem Schritt für mehr Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer.

Auf Nachfrage von Herrn Dahlke teilt Herr Landrat Löhr mit, dass er für die VKU sagen könne, dass Förderanträge gestellt und auch erste Fahrzeuge umgerüstet worden seien. Man bekomme immer 10er-Pakete gefördert und seines Wissens nach, habe die GWA auch ihren Fuhrpark umgerüstet.

Da sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, geht Herr Landrat Löhr zur Abstimmung über, zunächst über den Antrag auf getrennte Abstimmung von Herrn Klostermann. Dieser wird einstimmig beschlossen bei 2 Enthaltungen der Gruppe FW / FAMILIE.

Anschließend lässt Herr Landrat Löhr über die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages der Drucksache 096/21 abstimmen.

Beschluss

1. Die Vertreter des Kreises Unna im Aufsichtsrat der WFG setzen sich dafür ein, dass die WFG als Partner der Wirtschaft die hier ansässigen Logistikunternehmen für mehr Sicherheit im Straßenverkehr sensibilisiert und entsprechende Maßnahmen einleitet. Ziel soll sein, möglichst viele private LKW mit Sicherheitssystemen wie zum Beispiel einem Abbiegeassistenten ausstatten zu lassen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (62 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, GRÜNE im Kreistag, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE-UWG Selm, GFL+WfU, der Gruppe FW / FAMILIE und des Landrates / 3 Nein-Stimmen der FDP-Fraktion / keine Enthaltung)

Beschluss

2. Der Landrat wird beauftragt mit den Kommunen, deren Eigenbetrieben und beauftragten Unternehmen ebenfalls zu erörtern, inwieweit die Kommunalen Arbeitgeber ihre Fuhrparks umrüsten, bzw. umgerüstet haben und ebenfalls für Sicherheitssysteme werben.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 9 104/21 Live-Übertragung des öffentlichen Teils der Kreistagssitzungen

Der Bericht zur Live-Übertragung des öffentlichen Teils der Kreistagssitzungen wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 10 110/21 Entwurf des Jahresabschlusses 2020

Erörterung

Herr Kreisdirektor Janke bezieht sich auf seine Ausführungen im Ausschuss für Finanzen und Konzernsteuerung sowie im Rechnungsprüfungsausschuss und freut sich mitteilen zu können, dass der Jahresabschluss des Jahres 2020 mit einem positiven Jahresergebnis von 20,6 Mio. Euro abschließe. In der Verbesserung von rund 27 Millionen Euro finde sich zum einen die erhöhte Bundesbeteiligung KdU von gut 20 Millionen Euro wieder. Darüber hinaus habe man ein über 7 Millionen Euro besseres Ergebnis zur Planung durch die Haushaltsdisziplin der Kreisverwaltung erzielen können. Coronabedingte Schäden seien verarbeitet und in einer Größenordnung von 5,1 Millionen Euro ausisoliert worden. In abgeschlossenem Jahr 2020 sei eine wirtschaftliche Verwerfung sowohl bei der Steuerentwicklung als auch bei den Sozialleistungen bisher nicht festzustellen. Das bedeute, dass das Jahr 2020 noch nicht durch die Corona-Pandemie als Weltwirtschaftskrise geprägt worden sei. Dies werde den Kreis höchstwahrscheinlich im Haushaltsjahr 2022 sehr beschäftigen und damit auch den Schwerpunkt der Haushaltsplanberatungen im Herbst dieses Jahres einnehmen. Mit einer gut gefüllten Ausgleichsrücklage, die man den positiven Jahresabschluss 2020 zuführen wolle, glaube man, die Grundlage zu haben, den nächsten 2-3 Jahren, die wohl deutlich durch die Corona-Pandemie negativ wirtschaftlich geprägt sein werden, angemessen begegnen zu können.

Beschluss

Der am 07.06.2021 vom Kämmerer aufgestellte und vom Landrat bestätigte Entwurf des Jahresabschlusses 2020 (einschl. Anlagen) wird zur weiteren Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss überwiesen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 11 111/21 Jahresbericht Kennzahlen 2020

Der Jahresbericht Kennzahlen 2020 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 12 112/21 Service-Portal Kreis Unna | Relaunch des Internetauftritts

Der Bericht zum Service-Portal | Relaunch des Internetauftritts wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 13 113/21 Interkommunale Zusammenarbeit Smart Region Kreis Unna

Erörterung

Auf Nachfrage von Herrn Stalz führt Herr Landrat Löhr aus, dass das Thema Interkommunale Zusammenarbeit auf der letzten Bürgermeisterklausur ausgiebig diskutiert und auch das Thema Smart City angesprochen worden sei. Die Stadt Schwerte habe hier zusammen mit Dortmund einen Förderbescheid erhalten. Man sehe den notwendigen Bedarf, genauso wie beim Thema Digitalisierung, hier schneller in die Umsetzung kommen zu müssen und bis auf die Stadt Unna, die selbst erst einen Antrag gestellt habe, hätten alle Städte ihre Zustimmung gegeben.

Herr Kreisdirektor Janke erläutert, den Finanzierungsmechanismus der Projektleitstelle Smart Region, der zentral über den Kreis erfolge solle. Der Auftrag bestehe zwischen Kreis und Stadt Schwerte, die dann die Dienstleistung für den gesamten Kreis Unna übernehme. Man habe sich vorgenommen, dass jährlich zu evaluieren zu Fragen wie: Sind immer noch ein Großteil der Städte und Gemeinden an dem Projekt beteiligt? Kommt vielleicht die Stadt Unna auch noch mit in den Prozess hinein? Entwickelt sich die Kostenbelastung so wie man sich das vorgestellt habe? Insofern werde der Kreis als Auftraggeber das engmaschig begleiten. Bei Abweichen von der Ursprungsplanung werde man sich vergewissern, ob Weg und Konzept sowohl finanziell als auch inhaltlich noch richtig seien. Es sei zugesagt, darüber in entsprechenden Intervallen auch zu berichteten, wie diese interkommunale Zusammenarbeit vorangehe.

Frau Heinrichsen betont, dass die Fraktion die GRÜNEN im Kreistag den Gedanken der interkommunalen Zusammenarbeit sehr schätze und stütze. Man frage sich jedoch, ob die angestrebte öffentlich-rechtliche Vereinbarung, die am Ende dieses Aufstellungsprozesses stehe, dem Kreistag noch zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werde.

Herr Kreisdirektor Janke sagt zu, prüfen zu wollen, ob es noch eines Vollzugsbeschlusses bedürfe. Die wesentlichen Aspekte seien aber in der Drucksache dargestellt und da zeichneten sich keine Veränderungen ab, sodass er davon ausgehe, heute die wesentliche Beschlussfassung treffen zu können.

Herr Pufke teilt mit, die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen. Wichtig zu wissen sei ihnen, ob die Fördermittel auch in dem Umfang wie angedacht fließen würden und ob alle Städte und Gemeinden (ohne Unna) an Bord blieben. Insoweit unterstreiche man die Ausführungen des Kreisdirektors.

Beschluss

1. Der Kreistag stimmt der interkommunalen Zusammenarbeit Smart Region Kreis Unna zu.
2. Der Kreis Unna beteiligt sich an der Beantragung von Fördermitteln für die Anbahnung einer interkommunalen Zusammenarbeit sowie die fortlaufende Fördermittelakquise im Rahmen von Smart City.
3. Der Landrat wird beauftragt, die notwendigen Vereinbarungen zu schließen und Anträge auf Bewilligung von Fördermitteln zu stellen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 14 066/21 Zusammenarbeit zwischen den Leitstellen der Kreise Unna und Soest; Aufhebung einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung

Beschluss

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna und dem Kreis Soest vom 1. Juli 2015 wird einvernehmlich aufgehoben.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 15 081/21/1 Einführung des SchülerTickets Westfalen zum 01.08.2021 für Schulen in Trägerschaft des Kreises Unna

Erörterung

Frau Lange teilt mit, dass die FDP-Fraktion nach Beratung heute zustimmen werde, weil man das Schülerticket im Sinne einer zukunftsweisenden Mobilität für die Kinder durchaus als einen Schritt in die richtige Richtung sehe.

Frau Symma geht auf die Vorzüge des Schülertickets ein. Es sei gut, günstig und sicher. Sie lobt die Nutzungszeiten, den günstigen Preis und das Tarifgebiet, das die Städte Dortmund und Münster miteinschließe.

Herr Dr. Seier erklärt für die Fraktion DIE LINKE – UWG Selm, dass man dem Beschlussvorschlag nun zustimmen werde, nachdem ihr Antrag auf Prüfung des sogenannten Solidarmodells mit aufgenommen worden sei. So eine Maßnahme zur Steigerung der Mobilität für unsere Jugendlichen, Schüler und Kinder würde sicher besser angenommen, wenn die Kosten vollkommen übernommen würden.

Herr Bangert schließt sich den Ausführungen von Herr Dr. Seier an. In Bezug auf Räumlichkeit und Preis sei das Ganze zu befürworten und durch den Punkt 2 des Beschlussvorschlages schließe man das Solidarmodell ja nicht aus.

Beschluss

1. Der Landrat wird beauftragt, das SchülerTicket Westfalen zum 01.08.2021 an Schulen in Trägerschaft des Kreises Unna einzuführen und den Vertrag mit der Westfalen Bus GmbH, stellvertretend für die Partner der Tarifgemeinschaft Münsterland - Ruhr-Lippe GmbH, abzuschließen.
2. Der Landrat wird beauftragt, die konkreten Konditionen für ein sogenanntes Solidarmodell zu prüfen und hierüber zu gegebener Zeit im Ausschuss für Schule und Bildung zu berichten.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 16 105/21/1 Einführung eines „Schüler-Sozialticket Westfalen“

Erörterung

Herr Pufke teilt mit, dass die CDU-Fraktion gerade für das Schülerticket Westfalen gestimmt habe und dies auch für das Schüler-Sozialticket tun wolle. Allerdings favorisiere man die Variante 2, da auch mit diesem Kundenpreis das Ticket absolut attraktiv bleibe. Er beantrage deswegen, zunächst über die Variante 2 abzustimmen.

Frau Schneider weist auf den Beschluss des Kreistages hin, wonach das Sozialticket im Kreis Unna die Hälfte des normalen Preises koste und demzufolge habe die Verwaltung hier ganz richtig gesagt, dass es die Variante 3 sein müsse und auch das Schüler-Sozialticket die Hälfte kosten müsse. Die Fraktion GRÜNE im Kreistag sei sehr froh, dass die Verwaltung dies von alleine vorgeschlagen habe und es dafür keines Antrags gedurft habe. Dies sei so Usus im Kreis Unna. Wenn man das Solidarticket umsetzen könnte, dann bräuchte man sich darüber nicht unterhalten, denn vom Grundsatz her, würde ihre Fraktion auf jeden Fall wollen, dass Kinder und Jugendliche umsonst fahren könnten.

Frau Chur teilt mit, dass auch die SPD-Fraktion selbstverständlich dem Beschlussvorschlag mit der Variante 3 zustimmen werde, denn diese folge der bisherigen Grundsatzentscheidung des Kreistages zahlen. Man freue sich, dass auch der Geltungsraum erweitert worden sei.

Da sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, lässt Herr Landrat Löhr zunächst über den Antrag der CDU-Fraktion über die Beschlussfassung mit der Variante 2 abstimmen.

Beschlussvorschlag

Bei der Ausgestaltung des Schüler-Sozialtickets solle die **Variante 2** (s. Seite 3 des Sachberichtes zur Drucksache 105/21/1) zugrunde gelegt werden:

„In **Variante 2** bliebe der Endkundenpreis unverändert bei 20,45 € (bei Nutzung der bisherigen Preisstufe A), dies aber bei deutlich größerem Geltungsraum (ganz Westfalen plus Dortmund statt bisher nur Kreis Unna). Die Preisbildung folgt hier dem Gedanken, dass der Kunde nicht zusätzlich belastet wird, aber ein größeres Leistungsangebot erhält. Zudem liegt der Preis (gerade noch) im Rahmen des Warenkorbes für Mobilitätsdienstleistungen des Regelsatzes für Transferleistungsbezieher*innen.“

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich **nicht** beschlossen (45 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, GRÜNE im Kreistag, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE-UWG Selm, GFL+WfU, der Gruppe FW / FAMILIE und des Landrates / 19 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion / keine Enthaltung)

Dann lässt Herr Landrat Löhr über den Beschlussvorschlag der Drucksache 105/21/1 abstimmen.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, das Sozialticket für Schüler*innen, die keinen Anspruch auf ein Ticket des Schulträgers haben, analog zur Einführung des SchülerTicket Westfalen zum 01.08.2021 weiterzuentwickeln und den Abschluss eines Vertrages für ein „Schüler-Sozialticket Westfalen“ mit der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH, herbeizuführen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (45 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, GRÜNE im Kreistag, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE-UWG Selm, GFL+WfU, der Gruppe FW Kreisverband Unna / FAMILIE und des Landrates / 19 Nein-Stimmen der CDU-Fraktion / keine Enthaltung)

Punkt 17 116/21/1 Elternbeiträge für die Betreuung in der offenen Ganztagschule; Aussetzen der Beitragserhebung

Beschluss

Die Erhebung von Elternbeiträgen auf der Grundlage der Satzung des Kreises Unna für die Inanspruchnahme von Angeboten gemäß § 9 SchulG in Verbindung mit dem Runderlass des Ministeriums für Schule und Bildung vom 23.12.2010 „Gebundene und offene Ganztagschulen sowie außerschulische Ganztags- und Betreuungsangebote im Primarbereich und Sekundarstufe I“ (BASS 12-63 Nr. 2) wird für den Zeitraum vom 01. Mai bis zum 15. Juli 2021 ausgesetzt.

Dies geschieht unabhängig davon, ob in diesem Zeitraum eine Betreuung bzw. Notbetreuung in Anspruch genommen wurde / wird.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

**Punkt 18 092/21/1 Elternbeiträge für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder sowie für die Inanspruchnahme von Kindertagespflege;
Aussetzen der Beitragserhebung**

Beschluss

Die Erhebung von Elternbeiträgen auf der Grundlage der Satzung des Kreises Unna zur Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder sowie für die Inanspruchnahme von Kindertagespflege wird für den Zeitraum vom 01. Mai bis 15. Juli 2021 ausgesetzt. Dies geschieht unabhängig davon, ob in diesem Zeitraum eine Betreuung in Anspruch genommen wird.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

**Punkt 19 120/21/1 Übergang Schule-Beruf an den Förderschulen stärken!
Antrag der SPD-Fraktion vom 26.05.2021 mit Ergänzung der Fraktion DIE
LINKE - UWG Selm**

Erörterung

Frau Symma führt aus, dass man mit diesem Antrag die Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf in den Fokus rücken möchte. Man wisse, dass in den Förderschulen hervorragende Arbeit geleistet werde, gleichwohl habe man keine Erkenntnisse darüber, wie sich der Übergang Schule-Beruf für diese Schülergruppe gestalte. In diesem Zusammenhang interessiere es, welche Unterstützungssysteme es gebe, ob alle Beteiligten in diesem Prozess gut verzahnt seien und über ein verzweigtes Netzwerk verfügten, welche Voraussetzungen für das Gelingen eines Übergangs in den ersten Arbeitsmarkt wesentlich seien und wo Verbesserungen angezeigt seien. Da diese Fragen sowohl die Schülerinnen und Schüler an den Förderschulen des Kreises betreffen als auch die Inklusionsschüler an den allgemeinbildenden Schulen in Trägerschaft der Städte, habe man den Antrag der Fraktion DIE LINKE-UWG Selm im Schulausschuss mit in den SPD-Antrag übernommen. Im Schulausschuss sei dieser Antrag einstimmig beschlossen worden.

Beschluss

1. Der Landrat wird beauftragt, zeitnah einen Sachstandsbericht zum Übergang Schule-Beruf an den Förderschulen zu erstellen. Dieser soll die Aktivitäten und Maßnahmen der am Übergangmanagement beteiligten Akteure (Förderschulen, Schulträger, Jobcenter, Bundesagentur für Arbeit, Kreishandwerkerschaft, IHK und weiteren.) im Hinblick auf die Berufsorientierung von Förderschüler*innen darstellen sowie mögliche Verbesserungspotentiale aufzeigen.
Der geforderte Sachstandsbericht umfasst auch Förderschüler, die im Regelschulbetrieb beschult werden.
2. Der Bericht wird dem Ausschuss für Schule und Bildung vorgelegt, um über weitergehende Strukturen und Maßnahmen zur verbesserten beruflichen Orientierung beraten und beschließen zu können.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 20 107/21 Halbierung der Jugendarbeitslosigkeit 2013-2020, hier: Projekt „Take Off U 25 – Gemeinsam starten wir durch!“ (Abschlussbericht)

Der Abschlussbericht zum Projekt „Take Off U 25 – Gemeinsam starten wir durch!“ wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 21 125/21 Gutachten zur Prüfung der Überführung von Angeboten der Werkstatt im Kreis Unna in eine Kreisgesellschaft - Sachstandsbericht; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktionen GRÜNE im Kreistag und FDP vom 25.05.2021

Erörterung

Herr Goldmann weist darauf hin, dass in dem vorliegenden Bericht deutlich festgestellt werde, dass es rechtliche Möglichkeiten der Inhousevergabe von Arbeitsmarktmaßnahmen durch das Jobcenter Kreis Unna an eine Kreisgesellschaft in den dargelegten Bereichen Beschäftigungsförderung und berufliche Qualifizierung nicht gebe. Die Frage sei nun, welche Konsequenzen man daraus ziehe. Langzeitarbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit, fehlender Bildungsabschluss seien Themenfelder, mit denen man sich auch künftig befassen müsse. Von daher werde man auch auf Kreisebene, im Dialog mit der Stadt Unna und der Werkstatt im Kreis Unna, versuchen müssen, an einer zufriedenstellenden Lösung für alle Beteiligten mitzuwirken.

Herr Klostermann schließt sich den Ausführungen von Herrn Goldmann an. Es sei durchaus notwendig, dass der Kreis sich hier entsprechend positioniere, um in Zusammenarbeit mit den Städten nach einem Lösungsmodell zu suchen. Es bedürfe einer Konzeption, bei der der Kreis letztendlich mehr als ein Moderator sein müsse und auch eigene Vorstellungen hier im Kreistag einbringen sollte. Dazu müssten sich auch die beteiligten Städte vielleicht neu aufstellen.

Herr Meyer teilt mit, dass die Stadt Unna in den letzten Jahren die Hauptlast der Finanzierung getragen habe. Es hätten aber viele Städte und Gemeinden im Kreis Unna profitiert. Es müsse daher auch über eine gerechtere Finanzierung nachgedacht.

Herr Ganzke betont, dass es sich hier um eine Gemeinschaftsaufgabe handele, der sich keiner entziehen könne. Die SPD-Fraktion sei der Antrieb dafür gewesen, nicht nur die Werkstatt im Kreis Unna immer wieder zu unterstützen, sondern habe auch die Anregung gegeben, zu prüfen, ob man das auf Kreisebene nicht noch intensiver machen könne.

Herr Wiggermann erklärt, er freue sich zu hören, dass der Wert der Arbeit der Werkstatt im Kreis Unna so geschätzt werde. Als Vorsitzender der Trägerversammlung des Jobcenters könne er sagen, dass man in der Vergangenheit bei bestimmten Aufgabenstellungen für besondere Jugendliche die Werkstatt immer gebraucht habe und auch weiterhin brauchen werde, sofern es keine Ersatzangebote gebe. Daher sei er sehr froh, wenn unabhängig von diesem Gutachten positiv darüber nachgedacht werde.

Punkt 21.1 127/21 Ergebnis der Prüfung der Überführung von Angeboten der Werkstatt im Kreis Unna in eine Kreisgesellschaft

Erörterung

s. unter Punkt 21

Das Ergebnis der Prüfung zur Überführung von Angeboten der Werkstatt im Kreis Unna in eine Kreisgesellschaft wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 22 106/21 Globalzuwendung zur Förderung der Verbände der freien Wohlfahrtspflege 2021 – 2025

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, den Vertrag zur Sicherung von sozialen Diensten und Aufgaben gemäß der Anlage zur Drucksache 106/21 abzuschließen und die jährliche Globalzuwendung um 10.000 € zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 23 121/21 Abschluss einer Vereinbarung mit der Stadt Selm über den Betrieb und die Finanzierung der Radstation Selm-Beifang durch den Kreis Unna

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, mit der Stadt Selm eine Vereinbarung (Anlage 2 der Drucksache 121/21) über die gemeinschaftliche Finanzierung der ungedeckten Betriebskosten der Radstation Selm-Beifang abzuschließen.

Das aus dem Betreiben der Radstation resultierende Defizit wird ab dem Jahr 2021 aus Fördermitteln des ZRL/ NWL zur Hälfte, jedoch höchstens bis zu einer jährlichen Bruttosumme von 20.000 €, abgedeckt.

Voraussetzung ist, dass die Stadt Selm ebenfalls 50% des Defizites trägt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 24 128/21 Planungen zum Radschnellweg Ruhr "RS 1 " - Sachstandsbericht, Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktion GRÜNE im Kreistag vom 01.06.2021

Erörterung

Frau Schneider gibt der Verärgerung ihrer Fraktion darüber Ausdruck, dass die Planungen zum RS 1 so lang dauerten und die Informationspolitik so schlecht sei. Über die Presse erhalte man nur vereinzelt Nachrichten, z. B. darüber, dass es eine andere Wegeführung auf dem Gebiet der Stadt Werne geben solle oder dass die Umweltverträglichkeitsprüfung so gut wie abgeschlossen sei. Auf Nachfragen bekomme man keine konkreten Antworten. Man wolle wissen, wie es mit dem RS 1 weitergehe und wann auf einen Baubeginn zu hoffen sei.

Herr Dezernent Holzbeck teilt mit, er habe die Anfrage der Fraktion GRÜNE im Kreistag am 07.06.2021 an den Leiter des Landesbetriebes Straßen NRW und den Projektleiter geschickt, mit der Bitte um Antwort bis spätestens zur heutigen Kreistagssitzung. Da er keine Antwort erhalten habe, sei ihm auf Nachfrage mitgeteilt worden, dass man sich momentan nicht im Stande sehe, diese Fragen zu beantworten. Gleichzeitig mit

dem Schreiben habe er auch auf das Datum des nächsten Fachausschusses hingewiesen mit der Bitte, dass dann dort jemand zum Stand der Planungen berichten solle.

Punkt 25 114/21 Beseitigung eines Bahnüberganges, K 39, Afferder Weg - Westtangente in Unna L663n; Abschluss einer Planungsvereinbarung für den Weiterbau der OWIIIa

Erörterung

Herr Feldmann teilt mit, dass die CDU-Fraktion der Drucksache zustimmen werde. Im Rahmen des Klimaschutzes und zur Entlastung von Hansastrasse, Friedrich-Ebert-Straße und Kamener Straße sei es wichtig, die Planungsvereinbarung abzuschließen. Es sei eine zwingende Notwendigkeit, den Durchgangsverkehr und Schwerlastverkehr aus dem innerörtlichen Bereich zu entfernen, um die Emmissionsbelastung zu verringern. Die ersten Schritte seien schon getan worden und die Hochstraße über den Schwarzen Weg verlängert worden. Nun solle auch der nächste Schritt zum Bau der Westtangente erfolgen und die Planungsvereinbarung abgeschlossen werden.

Frau Schneider hält es für absurd, hier den Klimaschutz als Begründung anzuführen. Sicherlich bedürfe es einer Entlastung der Straßen, aber eine Straße neben einer Autobahn zu bauen, bleibe für ihre Fraktion absolut sinnlos. Man habe konsequent von Anfang an gegen diese Bauvorhaben gestimmt und werde dies auch weiterhin tun.

Herr Dr. Seier führt aus, dass die Fraktion DIE LINKE- UWG Selm auch dagegen stimmen werde. Man habe versucht, gemeinsam mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Thema OWIIIa noch einmal in den Fachausschuss zu bringen. Dieser habe dann aber nicht stattgefunden. Er verweise auf den Beschluss der Stadt Dortmund über das Moratorium zur OWIIIa, das Projekt bis 2025 planerisch ruhend zur stellen. Er stimme Frau Schneider zu. Den Straßenbau neben einer Autobahn als Klimaschutzmaßnahme zu verkaufen, halte er für weit hergeholt.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, eine Planungsvereinbarung (Anlage 1 der Drucksache 114/21) für die Planung und den Bau der OWIIIa / L663n, Neubau der L 663n, OU Unna (Westtangente), 5. BA, mit dem Landesbetrieb Straßen NRW zu schließen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (50 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, FDP, GFL+WfU, der Gruppe FW / FAMILIE und des Landrates, 14 Nein-Stimmen der Fraktionen GRÜNE im Kreistag, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE – UWG Selm / keine Enthaltung)

Punkt 26 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung liegen nicht vor.

**Punkt 26.1 118/21 Konzept "Interkommunale Zusammenarbeit";
Anfrage der Fraktion GFL+WfU vom 21.05.2021**

Herr Prof. Dr. Hofnagel bezieht sich auf die Äußerung des Landrates, dass das Thema Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) in den nächsten Jahren eine große Rolle spielen werde. Dies habe heute ja auch schon der Punkt Smart City gezeigt. Man hoffe aber, dass auch noch andere Bereiche ins Visier genommen würden. Seine Fraktion würde sich wünschen, dazu eine Kurzübersicht zu erhalten, in der aufgeführt werde, wo man Ansatzpunkte und Vorteile sehe und wie die Umsetzung gedacht sei. Darauf ziele diese Anfrage, da man das Thema in der Bedeutung auch noch einmal heben möchte.

Herr Landrat Löhr teilt mit, dass es ein klares Konzept in dieser Hinsicht noch nicht gebe. Es gebe aber schon interkommunale Zusammenarbeit in den unterschiedlichsten Bereichen. Es bestehe die gemeinsame Übereinkunft, die Interkommunale Zusammenarbeit weiter ausbauen zu wollen, auch mit Blick auf den Fachkräftemangel, der in allen Bereichen der Verwaltung zu erkennen sei oder beim Thema Digitalisierung. Gerade bei den neuen Kolleginnen und Kollegen bestehe eine große Bereitschaft und IKZ sei auch mehr oder weniger ein Dauerthema auf den Bürgermeisterkonferenzen. Dies setze aber auch die Bereitschaft voraus, Themen abgeben zu können, sowohl von Seiten des Kreises als auch von Seiten der Kommunen und zu erkennen, welche Möglichkeiten sich ergäben. Er sage zu, im nächsten Kreisausschuss unter Mitteilungen der Verwaltung noch einmal detaillierter erläutern zu wollen, welche Themen man auf die Agenda gesetzt habe, die in Kürze noch verschärfter angegangen werden sollen.

Herr Prof. Dr. Hofnagel erklärt, dass ihm die Antwort soweit zunächst ausreiche und man es sehr begrüße, wenn es noch einmal im Kreisausschuss thematisiert werde.

**Punkt 26.2 083/21/1 Verdacht des illegalen Schächtens in einem Schlachtbetrieb im Kreis Unna;
Gemeinsame Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion GRÜNE im Kreis-
tag vom 16.04.2021**

Herr Landrat Löhr weist auf den Fragenkatalog hin, dessen Antworten sowohl im Fachausschuss erläutert als auch allen Kreistagsmitgliedern entsprechend zur Verfügung gestellt worden seien.

Herr Goldmann zeigt sich erfreut, dass man sich mit Blick auf die bundesweite Beachtung der Vorkommnisse im Schlachthof Selm, nach Abstimmung mit der Verwaltung und aufgrund der mehrheitlichen Meinung der Politik, für eine öffentliche Diskussion entschieden habe. Seine Fraktion GRÜNE im Kreistag bedanke sich für die umfängliche Beantwortung der zusammen mit der CDU-Fraktion gestellten Anfrage. Erfreulicherweise habe der bisherige Betreiber nun offensichtlich Ende April seine Tätigkeit im Schlachthof aufgegeben. Abschließend äußert er die Bitte, zukünftig die Politik in solchen Dingen zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt zu informieren.

Herr Pufke schließt sich für die CDU-Fraktion dem Dank für die umfängliche Beantwortung ihrer Fragen an. Die Geschehnisse im Schlachthof seien schrecklich gewesen und man hoffe jetzt auf eine baldige Aufklärung durch die zuständigen Behörden.

Punkt 26.3**Personalengpass in der Elterngeldstelle;
Anfrage der Fraktion GRÜNE im Kreistag in der Sitzung am 22.06.2021**

Frau Morgenthal bezieht sich auf eine Mitteilung der Kreisverwaltung von Ende Mai, wonach die Elterngeldstelle im Fachbereich Familie und Jugend auf einen langfristigen personellen Engpass reagieren müsse, deswegen seien bis auf Weiteres Telefonanrufe nicht möglich und eilige Eingaben würden nur noch per Mail beantwortet. Die Fraktion GRÜNE im Kreistag frage an, was zu dem personellen Engpass geführt habe und ob dieser mittlerweile beseitigt sei oder in absehbarer Zeit beseitigt werden könne. Des Weiteren wolle man wissen, ob die eingeführte telefonische Nichterreichbarkeit zu der erwünschten beschleunigten Fallbearbeitung geführt habe, ob weiterhin Rückstände bestünden und wenn ja, wie diese mit dem zur Verfügung stehenden Personal abgebaut werden sollten. Nach Auffassung der Fraktion GRÜNE im Kreistag sei es erforderlich, dass es besonders in diesem wichtigen Bereich für junge Familien, die auf die Zahlung zwingend angewiesen seien, nicht zu einer schleppenden Bearbeitung komme. Die Bürger*innenfreundlichkeit, die sich auch in einer Erreichbarkeit über alle Kommunikationskanäle dokumentiere, müsse aus ihrer Sicht kurzfristig wiederhergestellt werden.

Herr Dezernent Göpfert bestätigt, dass es in der Elterngeldstelle einen sehr bedauerlichen Personalengpass gebe, der insbesondere durch Langzeiterkrankungen des eingesetzten Personals hervorgerufen werde. Darüber hinaus gebe es auch eine Fallzahlsteigerung, auf die mit der Bereitstellung zusätzlicher Personalstellen unterjährig reagiert werde. Zurzeit arbeite man gemeinsam mit dem Fachdienst Personal daran, die Personalengpässe sukzessive abzubauen und zusätzliches Personal zur Verfügung zu stellen. Die Bearbeitungssituation sei aktuell immer noch sehr schwierig. Die getroffenen Maßnahmen würden sicherlich helfen, die Rückstände abzubauen, aber sie seien zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht bewältigt. Man hoffe auf Besserung der Situation bis nach den Sommerferien.

Herr Landrat Löhr weist darauf hin, dass geplant war, das Thema Personal im Kreisausschuss anzusprechen, aufgrund der Fülle der Tagesordnung sei dieser Punkt jedoch verschoben worden. In der heutigen Sitzung des Verwaltungsvorstandes sei auch darüber diskutiert worden, weil man nicht nur in diesem, sondern auch in anderen Bereichen der Verwaltung das Problem habe, Stellen teilweise oder gar nicht besetzen zu können. Das Thema Fachkräftemangel, werde immer mehr zum Problem. Die zeitnahe Umsetzung der Digitalisierung erfordere zudem auch mehr Personal im Bereich der IT. Dies werde einen Kraftakt darstellen, auch mit Blick auf den nächsten Stellenplan.

Punkt 26.4**Mandatsniederlegung des Kreistagsmitglieds Petra Ondrejka-Weber**

Frau Ondrejka-Weber, Kreistagsmitglied der Fraktion DIE LINKE-UWG Selm, teilt mit, dass sie ihr Mandat im Kreistag zum 30.06.2021 aus persönlichen Gründen niederlegen werde.

Herr Landrat Löhr dankt ihr für die bisherige vertrauensvolle Zusammenarbeit und wünscht ihr für die Zukunft alles Gute.

Anlagen

keine

gez. Susanne Kronenberg
Schriftführerin

gez. Mario Löhr
Vorsitzender